

Die freie Wirtschaft in der Lebensmittelversorgung.

Staatssekretär Dr. Löwenfeld-Ruß über den freien Wirtschaftsverkehr.

Ueber Anregung des Staatssekretärs für Volksernährung Dr. Löwenfeld-Ruß fand gestern ein vom Bund für Wirtschaftsfreiheit veranstalteter Diskussionsabend über die freie Wirtschaft in der Lebensmittelversorgung statt. Vizepräsident des Bundes Justus Meinel leitete die Diskussion mit der Erklärung ein, daß der Staat nicht die Wirtschaft habe, die Anhänger der staatlichen Bewirtschaftung, so viele reinen Glaubens sind, zu bekämpfen, vielmehr wolle er sich mit ihnen ehrlich auseinandersetzen.

Prof. Dr. Sedlmayer von der Hochschule für Bodenkultur erbrachte hierauf an der Hand statistischer Daten den Nachweis, daß Deutschösterreich in seinem jetzigen Stande seinen allerdringendsten Bedarf an Brotfrucht selbst zu decken, im Falle es gelingen würde, die landwirtschaftliche Produktion bis zur Höhe der normalen Friedensproduktion zu bringen. Dabei läge aber noch eine weitere Steigerung von 10 bis 20 Prozent im Bereiche der Möglichkeit. Wenn aber die Landwirtschaft, obwohl der Krieg längst zu Ende, noch immer im Rückgange begriffen sei, so liege die Hauptursache in dem herrschenden System der staatlichen Bewirtschaftung. Der Wiederaufbau könne nur so erfolgen, daß der Landwirtschaft ein Anreiz zu einer möglichst weitgehenden Steigerung der Produktion geboten wird. Solange neuer gekauft Vieh tief unter dem Einkaufspreis requiriert wird, solange Saatgut im freien Handel beschafft werden kann, solange man für das ausländische Getreide das Bier- bis Fünftfache dessen bezahlt, was man dem inländischen Produzenten als Höchstpreis bietet, ist eine Gesundung der Landwirtschaft nicht möglich. Man beseitige dieses einseitige System, man gebe den Handel und Verkehr frei, und wir werden rascher, als wir glauben, die Friedensproduktion erreichen. Die Preise würden zwar zunächst über die Höchstpreise hinausschnellen, aber sie würden tief unter den Schleichhandelspreisen bleiben. Sollten aber die Bedenken gegen die Freigabe des Handels und der Produktion in den maßgebenden Kreisen noch nicht geschwunden sein, so müßte man wenigstens zu einem System der Getreibeaufbringung übergehen, das produktionsfördernd wirkt, den Schleichhandel ausschaltet und einen Anreiz zur Ablieferung bietet. Professor Sedlmayer stellte schließlich auf Grund seines Kontingenzsystems die Forderung auf: Der Lieferungsanspruch darf nur eine Menge betreffen, die leicht geleistet werden kann. Der Rest wird dem freien Handel überantwortet. (Beifall.)

Rektor Professor Dr. Winkler schilderte die katastrophalen Zustände in der Milchversorgung. Wir bekommen täglich 30.000 Liter, brauchen aber für Kinder und Schwerfranke 66.000 Liter, mit Berücksichtigung der Spitäler (ohne die Volkskaffeehäuser) sogar 148.000 Liter. Oberösterreich könnte uns helfen, sperrt sich aber gegen uns ab. Die Regierung kann den Handel unter Kontrolle nehmen, aber sie muß ihn freigeben und die Höchstpreise für Milch abschaffen. Dann wird sich die Anlieferung bessern. (Zustimmung.)

Staatssekretär Dr. Löwenfeld-Ruß äußerte sich über die Grundsätze, von denen sich das Ernährungsamt leiten lasse, das ja keine Zentrale im dem viel angefochtenen Sinne sei. Oesterreich habe auch im Frieden seinen Getreidebedarf aus der Eigenproduktion nicht decken können. Im Kriege habe sich die Situation natürlich verschärft, als Galizien okkupiert wurde und Ungarn seine Verpflichtungen nur von Fall zu Fall erfüllte. An dem Niedergang der Landwirtschaft sei nicht die Zwangswirtschaft schuld, sondern die Begleiterscheinungen des Krieges, der Mangel an Arbeitskräften,

Maschinen, Dünger usw. Die Preispolitik sei ein etwas schwacher Punkt in der staatlichen Bewirtschaftung. Die sofortige Freigabe des Handels wäre aber ein Sprung ins Ungewisse, den die Regierung augenblicklich kaum wagen könne, wo hinsichtlich der ausländischen Zufuhren noch keine Sicherheit bestehe. Nichtsdestoweniger wollen wir an dem System der staatlichen Bewirtschaftung nicht mehr festhalten, weil wir selbst der Ansicht sind, daß es nicht produktionsfördernd wirkt. Wir beabsichtigen, das Kontingenzsystem einzuführen, der Entwurf ist schon fertig und wird in der nächsten Zeit der Nationalversammlung vorgelegt werden. Dadurch wird der Landwirtschaft eine leichtere Beweglichkeit ermöglicht und die Haupteinwände gegen die staatliche Bewirtschaftung werden wesentlich abgeschwächt werden. Wir werden weiters den Verkehr mit Raufutter freigeben. Auch die staatliche Bewirtschaftung von Obst und Gemüse ist aufgegeben. Da die Länder- und Bezirkshauptmannschaften aber nichts herauslassen, ist damit nicht viel erreicht. Beim freien Lebensmittelhandel mit dem Ausland liegt der Fall anders, als beim freien Verkehr mit Rohstoffen und Industrieprodukten, dem die Staatssekretäre Dr. Schumpeter und Jerdik das Wort gesprochen haben. Wir müssen dafür sorgen, daß wir nicht mit Waren überschwemmt werden, an denen zwar viel verdient werden kann, die aber keine Erleichterung in der Lebensmittelversorgung bedeuten. Deshalb muß sich die Regierung die Disposition über alle Waren, die eingeführt werden, vorbehalten. Sie muß auch den Import in der Hand behalten, so lange die Rationierung aufrecht bleibt, da sonst an eine gerechte Verteilung nicht gedacht werden kann. Staatssekretär Dr. Löwenfeld-Ruß schloß seine beifällig aufgenommenen Ausführungen mit folgenden Worten: Ich bin kein Gegner des Handels. Ich bin der Meinung, daß er überall herangezogen werden kann, wo es gilt, Waren zu beschaffen. Wir haben den Handel auch nicht ausgeschaltet, sondern seine Vertreter immer herangezogen, wo wir von seiner Intervention einen Erfolg erwarteten.

Vorsitzender Dr. Pleuer stattete zum Schluß dem Staatssekretär und den Referenten den Dank ab.